



Anfrage Zemp Baumgartner Yvonne und Mit. über die verweigerte Fusion «Akzent Suchtprävention» und SOBZ

eröffnet am 30. Januar 2018

In der «Luzerner Zeitung» vom 30. Dezember 2017 lesen wir, dass eine Fusion der beiden Stellen «Akzent Suchtprävention» und SOBZ von der Regierung abgelehnt wird, obwohl eine Machbarkeitsstudie Synergien aufgezeigt hat und die beiden Organisationen selber eine engere Zusammenarbeit gezielt geprüft und vorgeschlagen haben.

Da vor allem auch das Gesundheits- und Sozialdepartement in den grossen Spardiskussionen immer wieder von vorgesehenen Fusionen und von Sparpotenzialen durch eine vermehrte Zusammenarbeit gesprochen hat, ist der Entscheid der Regierung irritierend.

Das Thema Sucht ist in der heutigen Gesellschaft ein grosses Problem. Die Suchthematik verändert sich, weil laufend neue Substanzen auf dem Markt sind und das Suchtverhalten komplexer wird. Der gleichzeitige Konsum von legalen und illegalen Suchtmitteln und Verhaltenssüchten zum Beispiel am PC oder auch die Diskussion über die Legalisierung von Cannabis erfordern eine umfassende Betrachtungsweise der Suchthematik. Auf den ersten Blick scheint eine vereinte Organisation für die Zukunft deshalb besser gerüstet zu sein.

Wir möchten deshalb von der Regierung wissen:

1. Was sind die Hauptgründe der Regierung, die Fusion der beiden Institutionen abzulehnen?
2. Welche Spareffekte hätte eine Fusion der beiden Institutionen für den Kanton Luzern laut Studie gebracht (monetär oder durch Synergien)?
3. Entspricht diese Einschätzung der Regierung auch der Haltung und Meinung der beiden Institutionen? Wenn nein, wo gibt es Differenzen?
4. Was heisst dieser Entscheid für die zukünftige Ausrichtung und Finanzierung der beiden Institutionen?
5. Wie beurteilt die Regierung die aktuelle Situation der Behandlung, Beratung und Prävention von suchtkranken Menschen, ihren Angehörigen und ihrem Umfeld (z. B. Arbeitgeber) im Kanton Luzern?
6. Die Beratung von suchtkranken Menschen wird immer komplexer. Es kommen neue Suchtverhalten im Bereich der legalen Süchte dazu (Handysucht, Gamen an den elektronischen Geräten), dies oft gepaart mit dem gleichzeitigen Konsum von illegalen Drogen, oft auch in Verbindung mit Alkohol. Wenn sich Menschen mit diesem multiplen Suchtverhalten Hilfe holen wollen, rennen sie vermutlich überall an. Die Teilung der Beratung in die Bereiche legale und illegale Süchte wird somit der Komplexität des Themenfeldes nicht gerecht. Inwieweit hätte eine Fusion der beiden Institutionen diesem Sachverhalt Rechnung getragen? Welche Massnahmen trifft die Regierung für diese neuen gesellschaftlichen Herausforderungen?
7. Suchtberatung hat eine positive Wirkung auf die Prävention. Suchterkrankungen, welche frühzeitig erkannt und behandelt werden, verursachen auch volkswirtschaftlich weniger Kosten und menschliches Leid, sowohl bei den kranken Menschen selber als auch ihrem Umfeld (Angehörige, Arbeitgeber). Wie haben sich die Beratungszahlen (Menge, Inhalte) in den letzten Jahren entwickelt?
8. Welche Gesamtstrategie verfolgt die Regierung im Bereich der Prävention, Suchtberatung und Behandlung von Suchterkrankungen?

9. Insbesondere möchten wir wissen, in welche Richtung sich die Therapien zukünftig entwickeln sollen (Therapieformen, ambulante Angebote, Beratung von Suchtkranken und ihren Angehörigen, z. B. bei Cannabiskonsum, ...).
10. Wie entwickelt sich aus Sicht der Regierung die Nachfrage nach Sucht-Therapieplätzen in den nächsten zehn Jahren gegenüber der Vergangenheit? Was heisst das für die Regierung konkret?

Zemp Baumgartner Yvonne
Wimmer-Lötscher Marianne
Fässler Peter
Fanaj Ylfete
Meyer Jörg
Ledergerber Michael
Budmiger Marcel
Truttmann-Hauri Susanne
Sager Urban
Roth David
Candan Hasan
Reusser Christina
Töngi Michael
Frye Urban
Hofer Andreas
Frey Monique
Celik Ali R.
Agnér Sara
Schneider Andy
Meyer-Jenni Helene
Schuler Josef
Galliker Priska
Graber Michèle
Huser Barmettler Claudia
Hess Ralph
Wolanin Jim
Schurternberger Helen
Camenisch Rätö B.